

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berl. W. 57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Verlagspreis: Funk-Ges. Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mk.  
(nebst 14 tägiger Beilage: „Die Sanitätskarte“)

## Unsere 4. internationale Konferenz in Amsterdam.

Seit 6 Jahren war unsere Internationale nicht beisammen gewesen. In durch innere wie äußere Differenzen war sie in den letzten Jahren fast ganz abgeworben und es dürfte nicht viel Erwartung an diese erste Tagung nach dem unglücklichen Weltkrieg geknüpft werden sein von irgendeiner Seite.

Erfreulicherweise können wir demgegenüber feststellen, daß unsere 1. internationale Konferenz bei starker Unterstützung aller Bruderorganisationen in völliger Einvernehmen gearbeitet hat, ja, daß alle Weltläufe einstimmig gefaßt worden sind.

Der Geist der Persönlichkeit und Kollegialität beherrschte die Debatten und es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß diese internationale Konferenz geradezu vorbildlich gearbeitet hat.

Wir gedenken in nächster Nummer einen ausführlichen Bericht zu bringen, können uns daher heute auf eine knappe Uebersicht beschränken.

Zum guten Gelingen haben wohl zwei Faktoren entscheidend beigetragen: einmal die überaus freundliche und sachliche Leitung der Konferenz durch unsere holländischen Kollegen, insbesondere den Vorsitzenden van Sinte. Zum andern war die auf unsere bisherigen internationalen Konferenzen ein wenig stiefmütterlich behandelte Uebersetzungsfrage diesmal nicht allfällig gelöst. Unter dem Uebersetzer für Französisch, Englisch, Deutsch, Holländisch stand aus der sprachengewaltigen Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Edo Nijmenen, zur Verfügung, der einen erheblichen Teil der Uebersetzungen in Englisch, Französisch, Deutsch und Holländisch übernahm. Die Skandinavier hatten sich ihren Uebersetzer selber mitgebracht, während aus dem Holländischen ins Deutsche unser Kollege Van der Meer die Uebersetzung in trefflicher Weise besorgte, soweit dies erforderlich war, denn es fiel unseren deutschen Delegierten nicht so schwer, das Holländische zu verstehen. Eine Anzahl Delegierter beherrschte auch leicht 2 bis 3 Sprachen, so daß, z. B. die Uebersetzung des Holländischen ins Französische und umgekehrt häufig von mehreren beteiligten Kollegen Untroever-Prüffel besorgt wurde.

Damit waren die schlimmsten Gefahren aller internationalen Tagungen, die Mißverständnisse, auf ein Minimum abgemindert und der Verlauf der Konferenz gibt uns die Gewissheit, daß auch in Zukunft in ähnlicher Weise für einwandfreie Uebersetzung gesorgt werden kann.

Beteiligt waren: Holland (20000) 7 Delegierte, Belgien 1, Frankreich (25000) 2, England (115000) 2, Schweden 2, Norwegen 2, Dänemark 2, Deutschland (250000) 5. Leider kam Kollege Jolie Hamburg in

folge des fehlenden Visums nicht über die Grenze, so verblieben noch Heckmann, Dittmer, Schünemann und Schmöll.

Das Tagungsort war blumengeschmückt, hell und freundlich, wie überhaupt die ganze Tagung unter einem guten Stern stand.

In eindrucksvoller Rede schilderte van Sinte bei der Eröffnung das entsetzliche Elend, das der Krieg über die Länder gebracht. Der Kampf gegen den Kapitalismus muß auf internationaler Basis erneut aufgenommen werden. Wenngleich die Konferenz nur einen provisorischen Charakter habe, muß doch soviel fruchtbare Arbeit geleistet werden, um den Wiederaufbau unserer Internationale durchzuführen.

Nach einigen weiteren Begrüßungsansprachen ergänzte der bisherige internationale Sekretär Mohs den Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag. Die Tätigkeit des internationalen Sekretärs hat sich während des Krieges auf ein Minimum beschränken müssen, da zumeist die Verbindung verloren ging. Während vor dem Kriege der Kampf geführt wurde für ein freies Koalitionsrecht, verblieb in den meisten Ländern nun der Kampf mit den gewerkschaftlichen Organisationen (christliche, wirtschaftsfriedliche usw.); aber auch für die einheitliche Betriebsorganisation mußten wir in den meisten Ländern härter eintreten, weil die Verhältnisse dies erforderten. Es ist mittlerweile auch in Deutschland gelungen, zahlreiche Tarifverträge abzuschließen und damit einen Rechtsboden für unsere Forderungen zu gewinnen. Die Schwierigkeiten der internationalen Verbindung während des Krieges waren groß, da Zensur und postalische Schwierigkeiten fast alle Bemühungen zunichte machten. Der Massenbesand des internationalen Sekretariats ist nach Beendigung aller Verpflichtungen auf 82,50 Mk. zusammengedrumpft.

Die Diskussion ließ zunächst heftige Auseinandersetzungen erwarten, da die Belgier und Franzosen unter Führung von Untroever (Gurich; Entrover) zunächst über die Deportationsfrage belgischer Arbeiter Auskunft haben wollten.

Die Erklärung Sassenbachs auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz sowie ein Brief der Generalkommission an Nijmenen wurde verlesen, ohne daß über diese Frage hinreichend Klarheit geschaffen werden konnte.

Namens der deutschen Delegation ging Kollege Dittmer dann ausführlich auf die Anfragen der Belgier ein. Er gab zunächst seiner Freude Ausdruck, daß hier nicht im Vorhinein Vorwürfe erhoben wurden, sondern man wolle wissen, was in der Angelegenheit der belgische Deportierten geschehen sei. In dieser Frage aber ist sich nicht nur die gesamte deutsche Arbeiterklasse einig gewesen, sondern sogar weite Kreise

Bürgerturns haben diese Handlungsweise der früheren deutschen Regierung verdammt. Die deutschen Gewerkschaften haben in Versammlungen und Presse gegen diesen Skandal Stellung genommen, soweit es die Zensur eben damals zuließ. Zur übrigen ist es den Bemühungen der Generalkommission gelungen, für viele Tausende die Deportation rückgängig zu machen. Der Kriegszustand ermöglichte leider nicht, die volle Kraft des Widerstandes zu entfalten. Das war übrigens in allen kriegsführenden Ländern so, und noch heute erleben wir in den obliegenden Ländern ähnliches. Infolge der Blockade und ihrer Nachwehen sind Zehntausende Kranker, Siecher und Kinder in Deutschland dahingerafft. Wir klagen unsere belgischen und französischen Kollegen ebenso wenig an, daß sie noch heute nicht die Kraft aufbringen, den endgültigen Frieden schneller herbeizuführen und die Qualen des deutschen und österreichischen Volkes zu vermindern, weil wir wissen, wie schwer das ist. Die rücksichtslosen Ausweisungen im Elsaß, wie die militärischen Gewaltmaßnahmen in Saarbrücken gegen unsere dortigen Kollegen, die Verbote von Versammlungen und Streiks, all das kennzeichnet den militaristischen Geist, der in den kriegenden Ländern noch herrscht und den unsere Kollegen gewiß ebenso bekämpfen in ihrem Lande, wie wir in dem unsren, wo wir durch den Sturz des alten kaiserlichen Regimes bewiesen haben, daß wir ernstlich gewillt sind, dem Militarismus und Imperialismus zu Leibe zu gehen. Redner stellt dann einige Ausführungen Copigneaux über die Zürcher Konferenz 1913 richtig und kommt zu dem Schluß: Die Rawandeeide muß aufhören. Die Arbeiter müssen in allen Ländern einen gemeinsamen Kampfesboden finden, um dann auf internationaler Basis den Kampf erfolgreich zu führen gegen Kapitalismus und Militarismus.

Unser Kollege Copigneaux-Paris erklärte hierauf, daß die französischen Arbeiter alles tun würden, um den Friedensvertrag zu verbessern, doch erwartete man, daß Deutschland die Kriegsdokumente bald veröffentlichen, um über die Kriegsverbrechen hinreichend Klarheit zu schaffen.

Hierzu gab dann Kollege Dittmer namens der deutschen Delegation die Erklärung ab, daß wir durchaus einverstanden seien, daß alle Kriegsdokumente in allen Ländern unverzüglich veröffentlicht werden sollen. Weiter sind wir jederzeit bereit, die gleichen Mittel gegen Reaktion und Kapitalismus anzuwenden, die Frankreich und die anderen Länder betätigen.

Diese Erklärung löste allgemeinen Beifall aus und nach kurzem Rückzugsgeplänkel von Hydroever wurde der erste Konferenztag geschlossen.

Am 2. Tag erklärten die Engländer durch unsere trefflichen Kollegen Tivenan und Duncan, sowie die Skandinavier durch Nordgreen (Schweden), es sei unmöglich, Schuldsfragen nach rückwärts zu richten, worauf es ankome, sei, jetzt und für die Zukunft gemeinschaftliche Arbeit zu verrichten.

Nach dem Schlussswort des internationalen Sekretärs war damit die politische Debatte zu Ende und der Geschäftsbericht wird aufgegeben, wobei sich allerdings Franzosen und Belgier der Stimme enthielten.

Etwas schneller im Tempo konnten die übrigen mehr geschäftlichen Angelegenheiten geordnet werden. Hier gab es fast keine Meinungsverschiedenheiten, und nur die Ausführlichkeit einzelner Redner wie deren 4-5fache Uebersetzung kosteten die weiteren 1½ Tage. Immerhin ist recht flott und erfolgreich gearbeitet worden. Namens der Deutschen legte Kollege Hedmann dar, daß wir zunächst nicht für eine zu umfangreiche internationale Einrichtung sind, deshalb dürfen wohl 3 Pf. pro Kopf genügen. Sollte ein Antrag auf Einverlebung des internationalen Sekretariats von Berlin kommen, so würden wir dem nicht widersprechen. Wenn es nach Amsterdam käme, dürfte das wohl allen Wünschen entsprechen.

Namens der Holländer sprach Quhrs-Rotterdam für

die Einverlebung nach Holland. Ebenso macht er Ausführungen über Beitragshöhe von mindestens 5 Pf. sowie die grundsätzliche Festlegung von Pflichten, die es unmöglich mache, daß wieder ein Weltkrieg ausbrechen kann. Wir müssen über den bisherigen Rahmen hinausgehen.

In ähnlicher Weise spricht sich auch Edo Jimen unter starkem Beifall aus.

Der dritte Tag brachte noch Debatten über die Möglichkeit, auch Angestellte und Unterbeamte in unsere Internationale aufzunehmen. Die Skandinavier nahmen ungefähr unseren Standpunkt ein, daß dem Anschluß der Gemeindeangestellten nichts im Wege stehe, dort aber, wo Beamte Unternehmercharakter haben, erscheint ihre Uebernahme in unsere Organisation ungewinnlich.

Eine Resolution, die sich für die Einheitsorganisation aller Gemeinde- und Staatsarbeiter ausspricht, war schon am ersten Tage von den Skandinavieren eingereicht worden. Sie wird mit der Ergänzung Copigneaux einstimmig angenommen, daß sie der internationale Gewerkschaftssekretär Jimen in den Landeszentralen zur Kenntnisnahme unterbreiten soll.

Eine Erklärung der deutschen Delegation, daß sie auch mit 5 Pf. pro Kopf und Jahr einverstanden sei, jedoch zum Friedenskurs, wird mit Beifall aufgenommen.

Es wird hierauf beschlossen:

1. Eine Kommission soll neue Statuten für unsere Internationale entwerfen. Sie besteht aus je einem Vertreter jedes angegriffenen Landes. (Für Deutschland wird Hedmann bestimmt.)
2. Der Beitrag beträgt 5 Pf. pro Jahr und Mitglied nach dem früheren Friedensstand.
3. Der Sitz des Internationalen Sekretariats ist Holland (Amsterdam).
4. Die Vorarbeiten für das neue internationale Bureau soll die holländische Organisation übernehmen.
5. Das Protokoll der Konferenz soll baldmöglichst gedruckt werden.

Alle diese Beschlüsse werden einstimmig angenommen. Ebenso wird auf Vorschlag Hedmanns zum vorläufigen Vorsitzenden der Internationale Kollege van Dinte bestimmt.

Nach gegenseitigen Dankesworten wird die Konferenz unter Abfassung der Internationale geschlossen.

Ein feierlicher Empfangsabend am Montag mit viel Essen, Wein und Anbrachen hatte das Friedensland Holland von seiner allerbesten Seite gezeigt.

Wenn wir ein zusammenfassendes Urteil fällen sollen, so läßt sich sagen: Die 4. internationale Konferenz der Arbeiter östlicher Völker hat den festen Willen bekundet, unverdrossen am Wiederaufbau der Völkerverständigung zu arbeiten. Sie hat in sich selbst die Disziplin gezeigt, die erforderlich ist, um erfolgreiche Arbeit zu leisten. Voraussetzung der Einheit und Entschlußkraft unserer Internationale ist die Einheitlichkeit unserer nationalen Verbände in den verschiedenen Ländern. Darum stellen wir auch für unsere deutschen Kollegen die Mahnung in den Vordergrund:

**Halte Treue dem Verbände,  
steht zusammen mit allen organisierten Arbeit Kameraden!**

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen,  
sie wird von außen nicht erstrbt,  
wenn nicht zuerst sie lebt tief innen  
im eignen Bu'len dich belebt  
Willst du den Kampf, den großen, wagen,  
so geh' zuerst dich selber ein:  
Wer fremde Fesseln will zer'schlagen,  
darf nicht sein eigener Sklave sein.

Robert Brub

## Kulturpolitik der Gemeinde.

Aus Anlaß der Eröffnung der Meißener Volkshochschule hat Ministerpräsident Paul Hirtz, der auch unseren Berliner Kollegen aus früheren kommunalpolitischen Vorträgen in der Ätiologie bekannt ist, die nachfolgenden beachtenswerten Ausführungen gemacht:

Nachdem das Deutsche Reich durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges seine Großmachtsstellung eingebüßt hat, ist es ganz von selbst darauf hingewiesen, in höherem Maße als früher der Förderung von Kulturaufgaben seine Aufmerksamkeit zu widmen. Kulturaufgaben im weitesten Sinne des Wortes. Wie die Nachkriegszeit des alten zusammengebrochenen Deutschlands bestrebt gewesen sind, durch die Gewalt der Waffen ihre Herrschaft auf dem Erdensattel zu befestigen, so muß es der Ehrgeiz der jungen deutschen Republik sein, auf kulturellem Gebiet an der Spitze aller Nationen zu marschieren und mit den Waffen des Geistes dem neuen Reiche den Pfloch an der Sonne zu erobern.

Diesem Zwecke nachzustreben ist in erster Linie Pflicht der Regierung. Aber sie allein kann diese gewaltige Aufgabe nicht lösen, wenn sich nicht auch andere Faktoren in den Dienst der Sache stellen. Alle Kreise der Bevölkerung müssen durchdrungen sein von der hohen Bedeutung der wissenschaftlichen Erkenntnis und vor allem müssen die gebildeten Schichten es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, auch diejenigen, die nur mit unzureichender Volksbildung ausgestattet ins Leben hineingeworfen werden, zu sich emporzuziehen und von dem reichen Laub ihres Wissens, den sie sich dank ihrer bevorzugten Stellung anzueignen imstande waren, auch denen mitzuteilen, denen der Reiz des Wissens nur tropfenweise abfließen ist. „Wissen ist Macht.“ Dies Wort des alten Kämpfers der Sozialdemokratie ist heute mehr als je zur Wahrheit geworden. Wenn ein Wilhelm Reichardt der Arbeiterklasse die Bildung als eins der Mittel, nicht als das alleinige Mittel, zur Befreiung von dem Joch des Kapitalismus gepredigt hat, so wollen wir darin heute eines der Mittel erblicken, das gesamte deutsche Volk freizumachen von der Sklaverei, die auf ihm als einem besiegten und unterdrückten Volke lastet, und den Siegern zu zeigen, daß wir nicht die Sklaven, die Verborenen sind, als die eine irreführende öffentliche Meinung im Ausland uns hinstellt, sondern daß wir in Wahrheit ein Kulturvolk sind, das es an Bildung und Wissen mit jedem anderen Volke der Welt aufnehmen kann.

Wer die Arbeiterbewegung der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege mit unbefangenen Augen beobachtet hat, der weiß, wie gewaltig der Bildungsdrang in den Reihen des Klassenbewußten Proletariats ist. In Scharen suchten die Arbeiter nach des Tages Mühen und Löhnen, umflummert darum, daß sie dadurch viele Stunden des ihnen so notwendigen Schlafes opfern mußten, die Stätten auf, wo sie ihr Wissen erweitern zu können hofften, vertieften sie sich in einzelnen Fachstudien in die Geisteswerke unserer Dichter, gaben sie sich dem Studium sozialpolitischer und nationalökonomischer Werke hin. Sie aus eigener Kraft der Arbeiter entstanden und von verständnisvollen Behörden, die selbst darin revolutionäre, auf den Umsturz der Gesellschaftsordnung gerichtete Organe waren, nicht nur nicht gefördert, sondern oft gegen die kämpfenden Arbeiterbewegungen, die freien Volkshochschulen, die trotz polizeilicher Schikanen einen nie gebotenen Aufschwung genommen haben, legen Zeugnis ab von dem gewaltigen Wissensdurst des deutschen Arbeiters und sind für alle Zeiten ein rühmliches Denkmal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Und dabei gaben sich die Arbeiter, soweit sie sich zur Sozialdemokratie bekannten, nicht etwa dem Wahn hin, daß die Befreiung der Bildungsangelegenheit auch die Befreiung der sozialen Gegensätze bedeute, mit anderen Worten, daß es möglich sei, die soziale Frage durch die Lösung der Bildungsfrage zu lösen. Sie haben eingesehen, daß die Lösung der sozialen Frage für sie in erster Linie steht, und daß, wenn sie gelöst ist, auch die Gegensätze der Bildung schwinden werden. Um so heftiger ist ihr Streben nach Wissen anzuschauen.

Der Krieg hat, wie in so vielen anderen, auch in dieses Gebiet hineinzuwirken begonnen. Nur mit Mühe und unter schweren Opfern konnten die Bildungsanstalten aufrecht erhalten werden. Aber kaum war der Krieg zu Ende, kaum hatte die Revolution der Demokratie zum Siege verholfen, da setzten die Volkseigenen erneut und heftiger als je zuvor ein. Neue Probleme hatte der Krieg aufgeworfen, neue reiste Stunde für Stunde die revolutionäre Wera auf. Es gilt sich vertraut zu machen mit den neuen Staatsverhältnissen, sich zu vertiefen in die mannigfachen Formen unseres wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens. Das Volk hat sich politisch befreit, es steht im Begriff, sich auch sozial zu befreien. In den geist-

gebenden Körperschaften des Reichs und der Gliedstaaten, in den Vereinigungen der Stadt- und Landgemeinden ist die Arbeiterklasse nicht mehr eine hoffnungslose Minderheit, sie ist vielfach ausgleichend und mit dem Maß ihrer Verantwortlichkeit wächst die Erkenntnis von der Notwendigkeit, der Zusammenbau der Dinge vorziehen zu lernen.

Eine selbstverständliche Begleiterscheinung der Demokratie ist es, daß das Wissen nicht mehr auf wenige bevorzugte Kreise beschränkt bleibt, sondern daß es zum Eigentum des gesamten Volkes wird. Mit Freuden wird es daher jeder wirkliche Demokrat, gleichviel ob bürgerlich oder sozialistisch, begrüßen, wenn Anhänger aller politischen Parteien, wenn Organisationen der verschiedensten Berufsstände sich zusammenschließen zu einer Kulturgemeinschaft, die dem Volke Bildung und Wissen übermitteln will. Und doppelt zu begrüßen ist es, wenn dies Streben sich der Unterstützung der Gemeinde erfreut.

Kulturpolitik der Gemeinde! Ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Gibt es eine höhere, eine herrlichere Aufgabe für die Gemeinde, als ihre Glieder zu tüchtigen Staatsbürgern zu erziehen, die geistigen Fähigkeiten zu heben, den Bildungsdrang der Massen zu befriedigen? Hier haben wir den gemeinsamen Boden, auf dem wir uns alle zusammenfinden können, gleichviel zu welcher Partei wir uns rechnen und welchem sozialen Lager wir entstammen. Kann der wahrhaft Gebildete sich etwas Besseres wünschen, als sein Wissen, seine Kenntnisse denen zu übermitteln, deren geistige Kräfte aus Mangel an Mitteln sich nicht in dem wünschenswerten und notwendigen Maße entfalten konnten? Hier haben wir eine Tätigkeit sich selbst, eine Tätigkeit, die den Lohn in sich selbst trägt. Wenn Lehren lernen wir. Nicht nur, daß es dem Lehrenden zur Befriedigung gereicht, wenn er sieht, daß seine Schüler seine Lehren begeistert in sich aufnehmen, bereichert er auch selbst sein Wissen durch den Umgang mit ihnen. Eine neue Welt geht ihm auf, falsche Vorstellungen werden beseitigt dadurch, daß die Angehörigen verschiedener Klassen in Verbindung miteinander kommen. Und wenn auch die Klassengegensätze dadurch nicht überbrückt werden, so lernt man sich doch gegenseitig verstehen und achten.

Eines ist allerdings nötig. Die Bildungsbestrebungen müssen Selbstzweck, sie dürfen nicht Mittel zum Zweck sein. Wer mit ihnen Nebenwege verfolgt, wer Parteipolitik treibt, wer sich von sonstigen Tendenzen leiten läßt, der ist als Lehrer nicht zu gebrauchen, weder in der Volkshochschule noch auf der Volkshochschule. Der lasse seine Hände davon, denn er richtet nur Unheil an und wird das Vertrauen seiner Hörer niemals gewinnen.

Was die Gemeinden auf dem Gebiete der Kulturpolitik bisher geleistet haben und was zu leisten sie imstande sind, das ist einzelnen aufzuzählen, erübrigt sich. Bedenkt man, daß im Jahre 1908 von 110 preussischen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern nur Volkshochschulen erst 85 Aufwendungen von insgesamt noch nicht 600 000 Mark, d. h. von 13 Pfennig auf den Kopf machten, daß 1910 von 540 deutschen Städten mit über 10 000 Einwohnern 138 überhaupt keine öffentlichen Volkshochschulen hatten, daß häßliche Theorien nur ganz vereinzelt zu finden waren, daß fast Subventionen von Theatern durch die Gemeinden zu den Ausnahmen gehörten, daß städtische Volkshochschulen so aut wie unbekannt waren, daß für die Pflege der bildenden Kunst gemeindliche Mittel nur in ganz geringem Maße zur Verfügung standen, so hat man eine Vorstellung von dem, was zu tun noch übrig bleibt.

Jetzt gilt es Verdrängtes nachzubolen. Die freien Gemeinden im freien Staat als Pfanzstätten der Kultur — ein Ehrenfeld für Deutschlands Gemeinden und damit für Deutschland selbst. Wohl dem deutschen Volke, wenn es in seinem neuen Geim, in seinem eigenen Geim, der jungen deutschen Republik, sich möglichst einzurichten versteht, und wohl den Gemeinden, wenn sie in richtiger Erkenntnis ihrer kulturpolitischen Aufgaben die Hand dazu bieten! Die Bahn ist frei. Mögen alle deutschen Gemeinden sie beschreiten, mögen sie bestreuen in dem Streben, Bildung, Wissen und Kultur zu verbreiten!

Die Bildung, die von den Gemeinden ausgeht, wird das deutsche Volk, das nach Abstreifung seiner Ketten äußerlich frei ist, auch innerlich frei machen, wird das deutsche Volk trotz allem Schwere, was ihm bevorsteht, sein Vaterland lieben und schützen lehren, wird dem deutschen Volke die Lehren der anderen Völker der Erde erschließen. Wissenschaft und Kunst sind international! Mögen die nationalen Geisteskräfte auch noch so heftig sein, erst wird der Tag kommen, wo alle Völker der Welt sich die Hand reichen, wo sie in friedlichem Wettbewerb auf kulturellem Boden miteinander ringen werden. Aus diesem Ringen aber wird als Sieger hervorgehen das Volk, das kulturell am höchsten steht.



### Schädigung der Arbeiter.

Zeit Monaten wird von vielen Männern die Behauptung aufgestellt, daß, nachdem die tatsächliche Forderung der Erhaltung zwischen Lohn und Krankengeld erfolgt ist, die Erhaltungsgewinnung herab gelassen seien. Zeit kürzlich konstatierten die Vertreter der Städte Westfalens eine Steigerung der Krankenziffer um 80 Proz. Voraus sein Monaten ist in den Provinzen Posen und Westpreußen eine noch höhere Steigerung zu verzeichnen gewesen.

Die Arbeitgeber verfahren nun mit allen Mitteln den Beweis zu erbringen, daß die Steigerung der Erkrankungen nichts weiter als eine Zirkelbewegung vor der Arbeit sei. Zu diesem Behufe werden die Arbeiter durch die Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld verleitet.

Diesem tatsächlich verzeichneten Anstieg dieser Art zu verzeihen sein, so wäre es doch Pflicht der Verantwortlichen, mit diesem Material an die Öffentlichkeit zu treten. Da jedoch ein Arzt über Krankheit oder Arbeitsfähigkeit zu entscheiden hat, dürften Ärzte vor Zirkelbewegung doch nur höchst vereinzelt vorkommen. Allerdings darf eines Einzelbaus wegen die Allgemeinheit gefährdet werden. Verschiedene Mannschaften haben bereits vor Monaten an die zuständigen Ärzte Antragschreiben ergeben lassen, um in Erfahrung zu bringen, ob es sich um Zeichen von der Arbeit oder tatsächliche Erkrankungen handelt. Soweit uns bekannt, haben die Antrags ergeben, daß den Arbeitern nicht der Vorwurf gemacht werden kann, sondern daß die steigenden Krankenziffern auf andere Gründe zurückzuführen sind.

Die Arbeitgeber scheinen absolut nicht wissen zu wollen, daß die Gesundheit der Arbeiter durch die erlittenen Strapazen ungeheuer erschwert ist. Sie scheinen ferner kein Verständnis dafür zu besitzen, daß die in den Gewerbebetrieben Tätigen durch die jahrelange schlechte Ernährung und Bekleidung auch gesundheitlich ungewohnten Schrecken erlitten haben und daß der Aufwandslosigkeit vieler Arbeitgeber noch heute erliden. Viele schließlich abtötlich die Augen, um nicht zu sehen, wie die ausgehörrten Körper ohne ausreichende Nahrung und Bekleidung bereits in der jetzigen Jahreszeit bei der Arbeit zittern. Die Anzüge bedecken wohl die Blöße, können jedoch wegen ihrer schlechten Beschaffenheit keineswegs im entferntesten die Umhüllen der Witterung vom Körper abhalten. Es könnte entgegengesprochen werden, intensive Arbeit erzwänge den Körper. Ist der Arbeiter jedoch in Schweiß geraten und muß dann aus irgendeinem Grunde eine Pause machen, so ist wieder die neue Erkrankung fertig.

Aus dem Angeführten ist ersichtlich, daß die lange Unterernährung und schlechte Bekleidung die größte Schuld an dem Erleben der Krankheitsziffer in den städtischen Betrieben trägt. Dennoch kann davon die Rede sein, daß eine gewisse Anwesenheit der Grund dieser bedauerlichen Tatsache ist. Wegen die maßgebenden Stellen bedürften, daß bei länger andauernder Not ein noch stärkerer Steigerung der Krankenziffer in Erwägung treten wird.

### Landeskonferenz sächsischer Staatsarbeiter.

Auf die Erntearbeitergruppen hatten die Große Leipzig und Dresden Komitees zugewandt die den mit dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden abgeschlossenen Entwürfen. Verhandlungen fanden mit dem Ministerium des Innern statt. Eine Einigung wurde aber nicht erzielt, da die Forderungen auf drei wichtige Bestimmungen nicht verzichtet werden konnte. Diese betrafen die Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen unter Anrechnung reinergehaltener Leistungen, ferner den Anspruch auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung und zuletzt die Entlassung der Arbeiterschaft aus disziplinarischen Gründen. Daraus erscheidend, daß der Staat keinen Arbeitern das gleiche bewilligen kann, was bei Städten und Gemeinden bereits gewährt ist, glaubten die Verhandlungsführer keine Verantwortung gegenüber der Meisterschaft auf sich nehmen zu können, wenn sie auf so dringlich wichtige Dinge verzichteten. Die Regierung hatte später zu, nachdem sie diesen Punkten Stellung zu nehmen. Einer Unterabteilung des Ministeriums liegt vom Ministerium unter Ausdehnung dieser drei Paragraphen nichts entgegen. Die Entscheidung darüber sollte die für den 12. Oktober 1919 nach dem Dresden Volksbank einberufene Landeskonferenz treffen.

Kollege Prechtler referierte über: „Was bringt uns der einheitliche Tarifvertrag?“ Er streifte die schwierige Agitationsarbeit unter der Staatsarbeitern. Nach einer Umfrage an die Strohen- und Wasserbauämter konnten wir von 810 Beschäftigten 518 bei uns Organisierte feststellen, obwohl eine Anzahl der Fragebogen noch ausstehen. Auch bei einzelnen Heil- und Pflanzmitteln hat die Organisations noch nicht eingeleitet. Trotzdem ein großer Teil der Staatsarbeiter noch unorganisiert ist, mit der Verband verknüpft, für ihre Interessen zu wirken. Demgemäß der Verbandsvorsitzender an der Aufforderung eines einheitlichen Tarifvertrages arbeitet, so ist noch keine Gewehr dafür gegeben, daß die einzelnen Kreislagen diesem dann auch zustimmen werden. In dem Meistertarif müssen Verbesserungen getroffen werden, die einen Grund auf die Staatsverordnungen ausüben.

Kollege Müntzer als Vertreter des Hauptverbandes drückte sein Erstaunen über das Verhalten der sächsischen Regierung aus. Er ist der Meinung, daß der Meistertarif ohne die angeführten wesentlichen Bestimmungen abzuschließen sei. Die Verhandlungen mit der Meistertarif und der preussischen Regierung seien im Grunde gleiche Schwierigkeiten wurden noch zu überwinden sein.

In der weiteren Debatte wurde die sächsische Regierung mit den alten realistischen Gewerkschaften und Regierungsgewerkschaften, die andererseits von unserer Meistertarif nicht mit einem Entzweiung entfernt werden können, hat kritisiert. Doch war man einer Meinung darüber, daß der Meistertarif, wie ihn die Regierung wünscht, auf keinen Fall angenommen ist. Die Verbesserungen in den verschiedenen Staatsbetrieben wurden zur Sprache gebracht und der geringe Anteil der Arbeiterschaft gegenüber ihren Vorgesetzten bemängelt. Einem großen Teil der Staatsarbeiter ist es noch immer nicht zum Be-

### Brief aus Amsterdam.

Amsterdam, den 23. Oktober 1919.

Lieber Leser! Du bist gewöhnt, unter dem Strich eine Ergänzung Deines Wissens im unterhaltlichen Rahmen zu finden. Wenn nun die Frage aufgeworfen wird: „Wie lebt jetzt das friedliche neutrale Holland?“ so ist in dieser Zeit, da Essen und Trinken noch immer bei uns fast „kriegsmäßig dürftig“ ausfällt, ein erhöhtes Interesse dafür zu erwarten. Nimm Dich daher in acht, daß ich Dich nicht enttäusche mit meinen Schilderungen!

Es beginnt mit einer entsetzlichen Leidenszeit in Benthaim, der deutschen Grenzstadt. Durch mindestens 4 Passionsstationen müßt Du durch, um zu befehlen, daß Du nichts Verzeibares oder gar Gold und Silber ausfuhrest. Früher müßtest Du sogar mit ganzen 80 Mk. wegstommen, heute deckst Du höchstens 1000 Mk. in Papiergeld mitnehmen. In Odessaal, der ersten holländischen Stadt, beginnt dieselbe Geschichte von neuem. Wehe demjenigen, dessen Poch nicht mit Wismut und allen sonstigen „Vorsichtsmaßnahmen“ einer Volkswirtschaft fürchtenden Regierung für richtig befunden! Er kommt nicht ins gelobte Land, wo noch die Milch in unbegrenzter Fülle kredenz wird.

Aber endlich ist auch das vorüber und in weiteren 4 Stunden müßt (nach insgesamt fast 17 Stunden Fahrt) Amsterdam, die holländische Hauptstadt. Unser althergebrachter holländischer Freund van Hinte begrüßt uns und führt uns in den sicheren Fort. Schnell geht's dann noch nach Mitternacht, in ein Ghislaal. Dort gibt's alle Herrlichkeiten von einst — ohne Marken. Indessen, wo viel Licht,

da viel Schatten, wenigstens für den Deutschen! Der organisierte Raubzug der Enterblichungen, genannt: „Valutatur“, macht sich bei der Verappungsarie bitter bemerkbar. Das Essen kostet zwar „nur“ 4 Gulden, aber das heißt für uns Deutsche, es kostet 44 Mk.

Als wir am nächsten Morgen unsere Rechnung für Schlafen und Frühstück begleichen, bezahlen wir 3½ Gulden = 35 Mk.!

Es war also eine Illusion ohnegleichen, irgendetwas in Holland kaufen zu können, was uns fehlt. Fräulein Valuta ist eine uns recht ungnädige Schöne, und van Keef, der kapitalistische Holländer, läßt sich ganz gerot gefallen, daß ihm die Enterblich-Großmut manchen deutschen Hafen in die Mähe jagt. In Amsterdam schwirren die Automobile und Fahrräder nur so herum, zumeist: „made in Germany“ (in Deutschland hergestellt), denn der Holländer kauft sie sozusagen für ein Butterbrot von uns! . . .

Es ist Sonntag in Amsterdam. Wir wandern auf unseren Wunsch und unter Führung unseres lieben Franz van Weurs ins Judenviertel, wo gerade die Haupt Ansehzeit im Gange ist. Ein Höllenspektakel empfängt Dich. Zu Tausenden wogen die Menschen in den engen stinkigen Gassen, wo alles Gestrümpel der ganzen Welt zum Kauf angepriesen wird. Während wir uns den Weg durch diesen Glendbezirk, der uns lehrt, daß die kapitalistischen Staaten Neutraliens doch noch recht reich an Not, Unsauberkeit und Bedrückung sind.

Doch wir wollen das betrübliche Bild abkühlen und fahren darum mit der Bahn in kaum 1½ Stunden durch die grünen Wälder an die Nordsee. Zu dem dortigen Badeort, der mit seinen freundlichen Häusern den hochgelegenen Strand



wußten gekommen, daß nur ein reiflicher Zusammenschluß im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter zur Verbesserung ihrer teilweise noch äußerst mageren Löhne und Arbeitsverhältnisse beitragen kann.

Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 12. Oktober 1919 im Volkshaus zu Dresden tagende Landeskonferenz der im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten sächsischen Staatsarbeitergruppen nimmt mit Befremden Kenntnis von der Erklärung des Ministeriums des Innern, der sächsische Staat könne den sächsischen Staatsarbeitern nicht die gleiche soziale Fürsorge gewähren, wie sie die im Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden vereinigten sächsischen Gemeinden ihren Arbeitern tariflich zugesichert.

Die Landeskonferenz beauftragt den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, den Tarifvertrag ohne die strittigen Bestimmungen über soziale Fürsorge und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Entlassungen — §§ 9, 12 und 14 des Tarifvertrages zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden und dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter — nicht abzuschließen, vielmehr mit allen Mitteln den baldigen Abschluß des Tarifvertrages im Sinne der eingereichten Forderungen herbeizuführen.

In der Erkenntnis, daß nur eine reifliche organisierte Staatsarbeiterkraft ihre Forderungen zur Erfüllung bringen kann, verpflichten sich die auf der Landeskonferenz anwesenden Vertreter der im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Staatsarbeitergruppen mit aller Energie für die weitere Ausbreitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.

Darauf referierte Kollege Freißler über: Aufstellung des Lohn tariffs für die einzelnen Staatsarbeitergruppen. Bei der Festlegung des Lohn tariffs müsse man sich darüber einig werden, ob die Regelung nach dem Lebens- oder Dienstalter zweckentsprechender ist. Wünschenswert sei es, mit dem Stundenlohn ganz zu brechen und dafür den Wochenlohn zu setzen.

In der Aussprache wurde ein einheitlicher Lohn ohne Teuerungszulagen unter Wahrung des Achtstundentages gefordert. Ebenso trat Kollege Müntner für gleiche Bezahlung der Frau, soweit sie die gleiche Arbeit des Mannes verrichtet, ein. Ferner wird die Beschäftigung in den verschiedenen Anstalten reger Aussprache unterworfen. Beschlüsse wurden folgende Forderungen:

1. Alle Löhne sind feste Wochenlöhne für die normale 48stündige Arbeitswoche.
2. Die Lohnsätze gelten für männliche und weibliche Arbeiter im Alter von über 21 Jahren. Für solche im Alter von 18 bis 21 Jahren ermäßigen sich die Sätze um wöchentlich 5 Mk. Für solche im Alter von unter 18 Jahren ermäßigen sich die Sätze um wöchentlich 10 Mk.
3. Für Gewährung von Kost und Wohnung sind nur die reinen Selbstkostenpreise in Anrechnung zu bringen, höchstens jedoch in Eichen der Lohnklasse A monatlich 130 Mk. In den übrigen Lohnklassen entsprechend weniger.

abschließt. Jetzt ist zwar kein Badleben mehr da, aber in ewig neuer Schönheit rollen die Wogen der Nordsee ans Land und in schäumenden Kasernen brechen sich die Wellen am Dünenstrand. Die Sonne glitzert über die fernen Wasser in breitem Streifen, und das Gefühl des Unendlichen beginnt in Dir zu erwachen. Du schaust sinnend auf die wenig bewegte See und fühlst wieder: Ein Teil jener Kraft, die ursprünglich und unerschöpflich auf unserer Erde quillt, ist hier am Werke. Was sind wir Menschen doch für kleine Dingerchen mit unseren Nöten und unseren Sorgen!

Da draußen aber ist die grauliche Stätte, wo Zehntausende unglücklicher Menschen den Wellentod fanden, wo Millionenwerte vernichtet wurden, weil eine hemmungslose deutsche Kriegsführung das so gewollt! Wahrlich die „U-Bootstärke“ wurde das Sinnbild des moralisch vermorrenen kaiserlichen Deutschland und wie eine rächende Nemesis waren es jetzt die deutschen Kieler Matrosen, die zuerst den Funken in das Revolutionäuspulverfaß warfen.

Zurück zum herblich sonnigen, quirlenden und brodelnden Amsterdam. Da ist ein Leben auf den Straßen, das dem Berlins durchaus nicht nachsteht. Alles kommt Du haben, und voll und ganz steht Du vor den Warenfläden, die in unendlicher Fülle und Mannigfaltigkeit alle Herrlichkeiten aufweisen, die uns einstens im Frieden beschieden waren. Beinahe jedes 3. Haus in den Hauptverkehrsstraßen enthält einen Zigarrenladen mit reichster Auswahl, und meine deutschen Kameraden sind während all der Tage emsig bemüht, dem Nationalrechtum Hollands ihren Tribut zu zahlen, während ich auf meine Weise — durch Meiß, Schokolade, Kaffee und Tee — ähnlich „unpatriotisch“ verfare. Doch, von Montag bis Mittwoch sahen wir

4. Akkordarbeiten sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Wo dies nicht angängig ist, sind die Akkordlohnsätze gemeinsam mit dem zuständigen Arbeiterausschuss so festzusetzen, daß bei normaler Arbeitszeit ein Mehrverdienst von mindestens 25 v. O. des normalen Tagelohnes zu erreichen ist.

5. Schichtzulagen, Zulagen für besondere Leistungen (z. B. Vorarbeiter, Facharbeiter usw.) oder für besonders schmutzige oder für besonders schwere körperliche Arbeit, Entfernungszulagen, Anordnungen usw. unterliegen der Vereinbarung zwischen der einzelnen Betriebsleitung und dem zuständigen Arbeiterausschuss. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist der gesetzlich zuständige Schlichtungsausschuss anzurufen.

6. Die Zuteilung der Arbeiter zu den einzelnen Arbeitergruppen bzw. Lohnklassen erfolgt gemeinsam durch Betriebsleitung und Arbeiterausschuss. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist der gesetzlich zuständige Schlichtungsausschuss anzurufen.

7. Schuttskleider sowie das nötige Handwerkszeug — Socken, Spaten, Schaufeln — werden dem Arbeiter kostenlos geliefert, bleiben jedoch Eigentum des Staates.

8. Wo bereits bessere Löhne (z. B. infolge hoher Kinderzulagen) bestehen, als in diesem Lohn tarif vorgesehen sind, darf eine Verschlechterung nicht eintreten.

9. Dieser Lohn tarif tritt rückwirkend ab 1. September 1919 in Kraft. Er gilt bis auf weiteres mit einmonatiger Kündigungsfrist. In den Fällen jedoch, wo seit dem 1. Juli 1919 eine Lohnerhöhung nicht stattgefunden hat, tritt der Lohn tarif rückwirkend ab 1. Juli 1919 in Kraft.

Kollege Biach-Leipzig, sagte die Löhne für die Staatsarbeitergruppen in folgendem Antrage zusammen, welcher ebenfalls mit großer Mehrheit Annahme fand.

Ortsklassen	A	B	
		10 v. S. niedriger als in A	10 v. S. niedriger als in B
Handwerker . . . . .	110,—	99,—	89,10
Angelernte Arbeiter . . . . .	105,—	94,50	85,05
Ungelernte Arbeiter . . . . .	100,—	90,—	81,—
Frauen . . . . .	70,—	63,—	56,70
Hilfspfleger . . . . .	105,—	94,50	85,05
Hilfspflegerinnen . . . . .	75,—	67,50	60,75
Haus- u. Küchenmädchen . . . . .	65,—	58,50	52,70

G. Förster.

Es ist Pflicht eines jeden Menschen, von dem Augenblick an, wo er die Fähigkeit eines selbständigen Urteils erlangt, sich um die öffentlichen Angelegenheiten zu bekümmern, weil die ganze soziale Existenz, die ganze soziale Entwicklung der einzelnen in höherem Grade von den Einrichtungen und Zuständen abhängt, die der Gesamtheit der Gesellschaft eigen sind, als von seinem eigenen Wissen und eigener Tüchtigkeit, eigenem Können.

Debel.

nicht viel von Amsterdam, denn die Tagung läßt uns nicht los. Kaum, daß wir unser opulentes Mahl eingenommen haben — ich kenne einen, der fast selber zum „Beefsteak“ wurde, vor lauter Bönne über die Größe seiner Portion —, so geht's auch schon wieder in den „Partverzicht“ zur Tagung.

Soll ich nun noch einiges sagen über unsere ausländischen Kollegen? Ohne Zweifel, es ist eine geradezu vornehme Gesellschaft, und wir sind man gerade so „in der Reihe“. Die Engländer Edeenan und Duncan repräsentieren den fortgeschrittensten Teil der englischen Arbeiterschaft. Sie sind die Sekretäre zweier großer Organisationen, die zusammen 700 000 Mitglieder zählen, von denen allerdings nur 115 000 Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Franzosen haben gleichfalls 2 Vertreter, darunter den Kollegen Copigneaux, der mir in dankenswerter Weise über die jetzigen Verhältnisse in Paris und Frankreich in allen Einzelheiten berichtet. Ich erfahre, daß in Paris fast die gleiche Verkehrsmissere, die gleiche Teuerung, die gleiche Wohnungsnot und vieles andere herrscht, das bei uns so viel Unzufriedenheit hervorruft. In allen kriegsführenden Ländern müssen die breiten Massen nun die Zehne bezahlen, und selbst im neutralen Holland ist der Kapitalismus lüppig ins Kraut geschossen, während die Arbeiter nur gerade einen notdürftigen Ausgleich durch ihre Gewerkschaften herbeiführen konnten. In Frankreich — sagte mir Freund Copigneaux — hat man keinerlei Haß mehr, weil man weiß, daß Deutschland schwer bestraft ist, aber ein starkes, unbegrenztes Mißtrauen ist vorhanden, und die deutschen Arbeiter müssen durch ihre Laien alles daran wenden, um dies Mißtrauen zu beseitigen. Der belgische Kollege Nytroever ist uns noch von Brich



des Menschen nicht entspricht: Maschinen sind es dennoch nicht, die keine schaffen. Menschen fühlen jedoch über allem Tun, das Bewußtsein hohen Menschenvertes, das Empfinden, daß aus all diesen gewerkschaftlichen Kämpfen für Arbeitsrecht geboren wird eine Sache, das ganze Schaffenleben aller Tägigen umfassende Garantie von Persönlichkeit, Arbeit, Seele, Gut.

Ohne die gewerkschaftlichen Organisationen würden triumphieren die Gegenkräfte, das sind keine Unternehmer, kapitalistische Eigentümern und damit Verhältnisse, Berechnung, nie ohne materielle Zielsetzung. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind darum die Orte der sittlichen Idee, des inneren Reichtums, der Herzensfülle, der Entwicklungseile. Sie erfüllen die Entlohnung des Arbeitslebens mit geistigen Gehalt und lassen das ganze, wert Arbeitsleben immer mehr durchdringen von höchstem Innenwert.

Und wenn sie es alle noch nicht bewußt fühlen, so ahnen sie es alle, wie der gewerkschaftliche Kampf so letzten Endes gerichtet ist auf eine kommende Arbeitswelt höherer Gemeinschaftsseele. Die Persönlichkeit wird ja geboren durch die gewerkschaftliche Mitarbeit, das Gefühl des Menschenechts, der Arbeitsfreiheit. Wer aber in sich fühlt etwas inneres Großes, Ganzes, der kann nicht anders, als dieses Innere auch anzuerkennen bei seinem Arbeitsbruder, und wenn dessen Arbeit auch ganz anderer Art ist. Das aber bringt mit sich, daß auch die gewerkschaftlichen Organisationen in ihrem Kampfe für die Arbeitsfreiheit nie verfehlen und nicht traten die Arbeitsfreiheit der anderen Berufs.

Heute können solche Maßnahmen nicht gegeben; heute gilt der Kampf bei allen einzelnen Verbänden einem gemeinsamen Zweck. Wenn dieser aber zu Boden gerungen, wenn eine neue soziale Gemeinschaftswelt gekommen, die das einheitliche Produkt in der verschiedenen Arbeitsteilung, dann wird der wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften bringen können zwischen an den gebrüchlichen Arbeiterorganisationen, aus denen das ganze Arbeitsteilungstrater bestehen wird. Aber wie wird auch dann plumper Eigentum das Ziel eines Fortschrittes sein. Das klingt utopisch, und mancher Schöpfer lächelt ironisch ob solcher „Weltirrenden“. Wer aber schon heute dieses Einheitsbewußtsein fühlt, dieses Solidaritätsgefühl, wie es schon heute in so zahlreichen Fällen zum Ausdruck kommt, wie kann nicht zweifeln, daß dieses sittliche Gefühl in kommenden Jahren noch viel tiefer verwurzelt und viel ausgeprägter in die Gewerkschaften hinein wird dadurch, daß der gewerkschaftliche Kampf immer mehr gegen Persönlichkeitsrecht und Verbrechen und damit auch Abhängigkeit und volle Anerkennung der Arbeitsfreiheit der anderen. Es ist absolut notwendig, daß ein Mensch, der reich an seinem Persönlichkeitsempfinden, dieses beim anderen nicht anerkennen. Wenn das Recht des anderen im kapitalistischen Leben nicht noch so völlig mit Füßen getreten wird, so kommt das daher, daß den Freunden nichts als Eigentum heil ist und schätzbar. Wer sich aber selber nicht alles ist, kein ganzer Mensch, kein unerschütterlicher Charakter, eine unregelmäßige Persönlichkeit.

Das eigene Gefühl der Arbeitsfreiheit erzeugt naturgemäß auch die Achtung der Freiheit bei anderen, ja, das unüberwindliche Ehrgefühl. Daß auch dem anderen sein volles Recht wird, und wenn er selbst dadurch auch größeren Schaden hat. Aber allem nicht über innerer Gewinn, innerer Reichum, innere Befriedigung.

Und wenn die gewerkschaftlichen Organisationen so die freie Arbeiterpersönlichkeit bilden und wachsen lassen, wenn sie das Arbeitsgefühl verinnerlichen und vertiefen, so ergeben sie damit den selbst jenes hohe, herrliche Menschentum, das im Menschen den gewerkschaftlichen Feind nicht und nicht glücklich ist, wenn nicht auch er sein heiliges Lebensrecht erlangen hat. In vollendetester Weise faßt der gewerkschaftliche Kampf somit die nötige Mitarbeit im Bewußtsein jener Zusammengehörigkeit. Man verliert, wenn man Alleinweinsinn, das demnach im Stille liegt vor der Einsicht über auch kein Verbrechen, das sich nur kann und wehrt nichts auf der Welt. Der gewerkschaftliche Kampf ergibt zum letzten Ziele der Grenze zwischen einem und allem, zwischen Arbeit und Ehrlich, zwischen Einzel- und Gemeinschaftsgefühl. Er lehrt die Freiheit lieben und wehren in herrlicher Selbstheit in jedem einzelnen und doch fühlen, daß auch die ungenutzte Arbeit keine Stelle hat zum großen Gedenken, wenn sie nicht mit der Freiheit der anderen sich verbinden kann zur großen Arbeits- und Gemeinschaftsarbeit. Die Menschlichkeit, auch im Arbeitsleben, ist des gewerkschaftlichen Kampfes höchstes, schönstes, letztes Ziel.

Und ein Abnehmen und Füllen und Deffen dieser herrlichen Mitteilbaren Mampferums ist es, wenn der einzelne als gewerkschaftlicher Mampfer all das empfindet, das man heute schon mit Abhängigkeit gewerkschaftliche Treue, gewerkschaftliche Solidarität, gewerkschaftliche

Disziplin nennt. Es ist der Keim zur stillen Geschmeidigkeit des Arbeitsfühlers, der beglückende Anfang einer unendlich beglückenden sittlichen Arbeitswelt. Zur Liebe treibt der freie Kampf, Liebesarbeit ist es, das den Mampfer glücklich macht: Mensch sein, heißt Liebe haben. Und darum ist es Religion, die der gewerkschaftliche Mampfer im tiefsten Innern seines Herzens fühlt.

♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦  
Genossenschaftliches.

Die Genossenschaften im Dienste der Volksgesundheit. Um die niedergedrückte deutsche Volksgesundheit wieder arbeitsfähig zu machen, bedarf es nicht nur der Intensivierung aller Volkskräfte. Die Erhaltung, die Gesundung der Volkskraft wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, sich Deutschland wieder aufbauen können. Da gewährt es keine Freude, zu sehen, wie sich Faulheit und Vergewöhnung in den Dienst der Volksgesundheit stellen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten brauchen alljährlich ein Ausspannen, Luftveränderung; die heranwachsende Generation, unsere Minder, bedarf der Kräftigung. Manus licet habere, als das Meer, unsere Nord- und Ostsee, ihre Gesundheit auf die Erholungsbedürfnisse ausströmen zu lassen. In Weichland auf der Insel Zuh, dem schönsten Nordseebad, hat man die Notwendigkeit zur Mitarbeit am Werke der Volksgesundheit erkannt. Es ist im besonderen der Kuriafest der Leiter des Weichländer Montanvereins zu verdanken, wenn in der zweiten Chlodwigwoche in Weichland eine Zusammenkunft der Vertreter einer großen Anzahl Arbeiter- und Arbeitnehmerverbände stattfinden konnte, um darüber zu beraten, wie dieses herrliche Seebad weichen Volksgesunden zugänglich gemacht werden könnte. Vor dem Arzge war Weichland auf dem besten Wege, zum internationalen Seebad zu werden. Nach der durch den Krieg erzwungenen vierjährigen Schließung wurde im letzten Sommer Weichland von Kriegsgewinnern aller Art besetzt und nicht eben zu seinem Vorteil ausgebaut. Andere Steuererhebung und aller Wahrscheinlichkeit nach dafür sorgen, daß diese Werke noch längere Zeit einschränken werden, wie sie überhaupt eine so starke Verdrängung der Einkommensverhältnisse nach sich ziehen wird, daß Kurortbäder nicht mehr auf ihre Rechnung kommen. Andererseits ist in den breiten Massen des Volkes nicht nur das durch die Kriegseiden und -entbehrungen gesteigerte Bedürfnis, sondern neben dem Drang auch durch die sozialen Misshandlungen die Möglichkeit gewachsen, die von der Natur gebotene Erholungs- und Genußmöglichkeiten auszunutzen. Aus dieser Tatsache ergibt sich nach Meinung der an dem Weichländer Tag Versammlung ohne weiteres der Weg, der beschritten werden muß. Die Insel Zuh muß als Volksebad, als Gesundheits- und Erholungsstätte für alle Volksschichten in ihrer ganzen Ausdehnung und zu allen Jahreszeiten zugänglich gemacht werden. Das wird bei planmäßiger Vorgehen ohne große Zusammenkünfte möglich sein. Die angestricheltes und für die gute Sache bezogenere Leistung des madra aufzubringen und auf solider Grundlage ruhenden Montanvereins für Weichland wird umgekehrt hat bereits die Initiative ergriffen und gezeigt, was die einzelne Organisationen zur Erreichung des Zieles zu leisten vermögen. Die ebenen einzige und von der Erkenntnis der Notwendigkeit neuer Methoden durchdrungene Verwaltung und die für den Verkehr wichtige Samung Anstalt Zuh — die heute beinahe ausschließlich mit der Konsumgenossenschaftsbewegung in wichtige Geschichtsverbindungen steht — und gleichfalls bereit, alles zu tun, um die angemessene Entwicklung zu fördern. Von den anwesenden Vertretern der Montanvereinschichten wurden nicht nur Anregungen für die Durchführung des Planes gegeben, sondern auch die grundsätzliche Verantwortlichkeit ausgesprochen, sich nach Mitteln zu fördern. Die Sorge für die Gesundheit und die Erhaltung der Arbeitskraft des Volkes, fünftes noch wertvollere Güter als je zuvor, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Montanvereinschichten. Sie werden jede Gelegenheit gern benutzen, die ihnen zur Lösung dieser ihrer ebenso bedeutsamen wie Verteidigung gebührenden Pflicht gegeben wird.

♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

Burgsteinfurt. Die Stadverwallung genehmigt einstimmig den neuen Lohnsatz mit Rückwirkung vom 1. August 1919. Der zwischen unserm Verband und dem Weichländer Städtebund abgeschlossen und gleichmäßig die Vereingung von Tarifklasse F in D. Der neue Tarif sieht vor: II 1 a u b im ersten Jahre 3 Tage, nach 10 Jahren 12 Tage. Abzug für die Ruhegehaltstufe 2 Proz. gegen 5 1/2 Proz. früher. Bezahlung der Krankheitsstage. Die Stundenlöhne betragen in Klasse F bisher Gruppe 2 1,12 RM.; Gruppe 3 1,12-1,22 RM.; Gruppe 4 0,90-1,12 RM.; nach dem neuen Tarif in Klasse F 1,50 RM., 1,25-1,38 RM., 1,12-1,25 RM.; in Klasse D 1,53-1,67 RM., 1,30-1,38 RM., 1,21-1,30 RM. Wegen tarifmäßiger Bezahlung der Frau Dahnmann und Frau Schröder soll eventuell das Schlichtungsamt entscheiden. Neben



den Antrag des Arbeiterausschusses, den Arbeiter Stemmerding vom Tarif auszuschließen, weil dieser seiner Organisation beitreten will, geht die Stadtordnungensversammlung zur Tagesordnung über. Die Forderung der Arbeiter sei unverständlich und spricht sich Vorsitzender (Bürgermeister) scharf dagegen aus. Er äußert sein Bedauern darüber, daß sich die Arbeiter von einer gewissen Person so haben beeinflussen lassen. Das Auftreten dieser Person muß er sich als Leiter der Stadt energisch verbitten, wie er jeden Fehler unbedingt ablehnt. Mit dieser gewissen Person ist außerdem unser Vertrauensmann gemeint, der sich viel Mühe gab, den pp. Stemmerding für die Organisation zu gewinnen, dieser lehnte den Eintritt in den Verband stets ab mit der Begründung, er beanspruche ja keine Lohnerhöhung. Da ist es doch selbstverständlich, daß für solche Leute kein Tarif geschaffen wird.

**Staatsarbeiter**

**Keine unangemeldeten Deputationen senden!** Es hat sich in letzter Zeit mehr und mehr die Gewohnheit eingebürgert, daß einzelne Gruppen von Staatsarbeitern Deputationen nach Berlin zu den zuständigen Ministerien entsenden, wenn Tarif und andere Verhandlungen von den nächsten Vorgesetzten der Arbeiter verweigert werden oder zu keinem Ziele führen. Diese Deputationen kommen fast immer unangemeldet, so daß unser Verbandsvorstand, der bestrebt ist eingreifen soll, oftmals nicht genügend über die Dinge unterrichtet ist. Andererseits sind die Ministerien ebenfalls nicht oder nur ungenügend über die Streitfrage orientiert. Das hat zur Folge, daß die Deputationen unvorbereiteter Sache wieder abweisen müssen und der Kollegenschaft unnötige Kosten und Zeitverluste einbringen. Wir ersuchen daher die Kollegen, sich immer erst mit dem Verbandsvorstand in Verbindung zu setzen, ehe sie Deputationen absenden. Gleiche Wünsche hat auch der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Dejer, Er forderte unter dem 17. Oktober 1919 folgendes Schreiben an den Verbandsvorstand:

„Ich muß zur Aufrechterhaltung eines geordneten Geschäftsbetriebes im Ministerium Wert darauf legen, daß Wasserbauarbeiter, die ihre Wünsche im Ministerium persönlich vorzutragen beabsichtigen, erst empfangen werden, nachdem ich den Zeitpunkt des Empfanges bestimmt habe. Zu dieser Stellungnahme veranlaßt mich auch die Erwägung, daß die von den Arbeitern vertretene Sache selbst oft unter dem unangemeldeten Erscheinen leidet. Unterlagen, die eine Beurteilung der Verhältnisse auf rein sachlichen Verhältnissen beruhenden Wünsche ermöglichen, sind im Ministerium nicht immer im ausreichenden Maße vorhanden, namentlich aber ist die Stellungnahme der Provinzialinstanzen, auf die bei der zunächst vorzutragenden Bedeutung der Wünsche unbedingt Rücksicht zu nehmen ist, nicht bekannt. Die erbetene Entscheidung kann daher in der Regel nicht sofort getroffen werden. Ich bin mir überig liebt, entweder von mir aus die Stellungnahme der Provinzialbehörde herbeizuführen oder die Abordnung an diese zurückzuverweisen und ihr anheimzustellen, zunächst über ihre Wünsche zu entscheiden oder sie zurück zu weisen, was im letzteren Falle die Sachverhalte unterrichtet sind und sich Gelegenheit zur Prüfung eines Zeitpunktes für den Empfang gibt. gen. Text.“

Wir bitten die Kollegen, auch diese zu beherzigen. Was hier von den Wasserbauarbeitern gesagt wird, gilt natürlich auch für andere Staatsarbeitergruppen.

**Notizen für Gasarbeiter**

**Göppingen.** Wie wir aus der Tagespresse erfahren, ist der Vertreter des hiesigen Gaswerks, A. L. e. m. a. n. n, am 18. Oktober in Haft genommen worden. Ihm wird zur Last gelegt, daß er sich in der Verwaltung des Gaswerks Unregelmäßigkeiten zuzuschreiben kommen ließ, die die Summe von 25.000 Mk. übersteigerten. Die Unregelmäßigkeiten sollen bei Ablesen, Leitung u. vorgekommen sein. Außerdem wird, wie die „P. A.“ erzählt, behauptet, daß hiesigen Gaswerk zu einem weit höheren Preise verkauft worden, als in die Bücher eingetragen wurde. In einem Jahre wurden Gaslieferungen eine große Berliner Firma für 72.000 Mk. verkauft, die erzielte Summe wurde aber nur mit 48.000 Mk. verbucht; der Betrag von 24.000 Mk. wurde unterschlagen.

**Canditstraßenwärter**

**Ooslar.** Am 19. Oktober fand eine gut besuchte Versammlung der Landstraßenwärter des Kreises Ooslar und der angrenzenden Bezirke statt. Kollege Polm gab Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen, welche zwischen dem Landesdirektorium Hannover und der Verbandsleitung und den Wärterausschüssen stattgefunden hatten. Hierüber fand eine ergebnisse Aussprache statt, deren Ergebnis folgende Resolution war, welche einstimmig angenommen wurde: „Die am 19. Oktober versammelten Landstraßen- und Chauffeewärter des Kreises Ooslar und der angrenzenden Bezirke erklären sich im großen und ganzen mit den Maßnahmen des Verbandes einverstanden. Jedoch sind noch einige Punkte nicht ganz zufriedenstellend. Die Verbandsleitung wird beauftragt, diese nach Möglichkeit nachzuholen. Das Vornehmen einiger Wärterausschüsse bei den Verhandlungen mit dem Landesdirektorium findet bei der Versammlung höchste Billigung. Sie spricht der Verbandsleitung ihr Vertrauen aus und begrüßt die ersten Erfolge mit dem Bemerkten, daß alle Kollegen danach streben, durch einig und geschlossenes Zusammengehen die Erfolge noch zu ergänzen.“

**Aus unserer Bewegung**

**Berlin.** Auf Grund wiederholter Beschwerden ist von der Ortsverwaltung an den Magistrat eine Anfrage gerichtet worden, von welchem Zeitpunkt ab die Dienstalterszulagen zu zahlen sind. Es ist darauf vom Magistrat folgende Verfügung erlassen worden, die wir der Kollegenschaft zur besonderen Beachtung empfehlen:

Berlin, den 10. Oktober 1919. Hinsichtlich der unter den Tarifvertrag für die hiesigen Arbeiter fallenden Bediensteten sind Zweifel darüber entstanden, von welchem Zeitpunkt ab die Löhne der Lohnzinsen (nach 1, 2 und 3 Jahren) zu zahlen sind. Hogaabend ist der Tag des Eintritts und nicht der auf den Antrittstag folgende Monatserte. Ein am 3. Oktober 1919 eingetretener Arbeiter hat demnach den Lohnabzug der zweiten Lohnstufe bereits vom 4. Oktober 1919 ab zu erhalten. Wir ersuchen, in Zukunft hiernach zu verfahren. Dr. Reide.

**Sonn.** Die aufbestante Versammlung am 19. Oktober nahm den Geschäftsbericht vom 3. Quartal entgegen. Kollege Mahlschle gab den Bericht vom Vorstand. Darin schloß sich der Bericht des Kollegen Spohl über die Verhandlungen mit der Stadt zwecks Zahlung einer einmaligen Besoldung. Summe. An Hand der inzwischen in der „Gewerkschaft“ veröffentlichten Vorläufe für die in hiesigen Betrieben beschäftigten Arbeiter soll auch den hiesigen Arbeitern und Arbeiterinnen derselbe Satz gewährt werden. Nur konnte man sich in der Finanzkommission nicht dazu verständigen, auch denen einen entsprechenden Teil zu zahlen, die von seit längerer Zeit bei der Stadt tätig sind. Allgemeinere Punkte zumalige bei der Versammlung bei diesen Erklärungen des Vortragenden über diese soziale Maßnahmen. Eine in diesem Sinne gebaltene Empfehlung wurde der Stadtverwaltung überreicht und dabei die bestimmte Erwartung ausgedrückt, daß auch diesen Bedürfnissen ihr Anteil gegeben wird, eventuell abgelehnt. — Im öffentlichen Lager ist man sich nicht, sogenannte Territoriale zu „ausuchen“. Wir greifen nach im Hinblick des Ferrors, sondern überlassen es der gebührenden Sinn der Arbeiterkraft, sich der Organisation anzuschließen, der sie auch das nötige Vertrauen entgegenbringen.

**Essen.** In der Versammlung am 21. Oktober gab Kollege Wandberg den Bericht. Die Einnahmen im dritten Quartal betragen 1.831,13 Mk., die Ausgaben 181,50 Mk., bleibt ein Ueberschuß von 1.649,63 Mk. In Privatrechnung wurden 187,50 Mk. verausgabt. Kollege Wandberg hat nicht bloß einen Vortrag über die Arbeitsverhältnisse gehalten, sondern auch die Bedeutung einer Wirtschaftskomitee beim Magistrat vorzüglich zu betonen. Sollte dieses ohne Erfolg sein, soll der Tarifvertrag zum 1. November geschickt werden. Nach einem längeren Austausch wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Eberswalde.** In der gut besuchten Generalversammlung am 19. Oktober gab Kollege De Lurich den Monatsbericht vom dritten Quartal. Die Kasse zählt jetzt 300 Mitglieder. Heber das Schicksal der dem Magistrat eingereichten Forderung einer Wirtschaftskomitee ist vom Magistrat noch keine Antwort erfolgt. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, bei dem Magistrat nachmals vorzüglich zu werden, daß die Wirtschaftskomitee bis 1. November ausgeht wird.

**Grünz.** Die hiesigen Arbeiter befinden sich seit September dieses Jahres in Tarifbewegung. In fast 2 Monaten ist man nicht ganz in einer Einigung mit dem Magistrat gekommen. Die Arbeiter verlangen eine Erhöhung um 10 Prozent und den Abzug der Stadt. Der Magistrat und die Stadtverordneten H. E. B. D. J. lehnten dies ab. Ebenfalls wurde eine Tarifzulage von 600 Mk. für verheiratete Arbeiter, für uneheliche Arbeiter und Frauen mit kleinem Hausstand von 400 Mk. und für Arbeiter unter 18 Jahren

am 20. Okt. abgelehnt. Gelesen wurden 15 St. Stundenlohn-  
 erhöhungen. Das letzte wurde von den Arbeitern abgelehnt. In  
 der letzten Sitzung, die am 18. Oktober stattfand, wurde der Be-  
 schluß erfaßt, das zum 18. Oktober den Vorsitzenden der Komitee  
 zu geben, welchen Beschluß die Gewerkschaftskommission in dieser  
 Hinsicht gefaßt habe. Ein Bescheid ist nicht ergangen. Auf  
 Antrag des Gewerkschafters wurde die Frist bis zum 22. Oktober ver-  
 längert. Wir hoffen, daß es in dieser Angelegenheit zu einer  
 Einigung kommt.

**Frankfurt a. M.** Bei den in diesem Frühjahr stattgefundenen  
 Verhandlungen über unseren Tarifvertrag war in dem an den Ma-  
 gistrat ein Schreiben eingereicht worden, das alle Sonn- und Feiertags-  
 und Nachmittagsarbeiten mit Ausnahme der Postämter, die  
 zu bestimmten Zeiten nach dem Dienstplan geleistet werden  
 müssen. Die Vertreter des Magistrats, als Verhandlungskommission,  
 erklärten dieses Verlangen für unannehmbar. Nach langen Dis-  
 kussionen einigten sich beide Vertragsparteien auf folgenden  
 Punkt: „Arbeiter mit regelmäßigem Sonntags-  
 dienst erhalten je 6 Arbeitstage mehr Urlaub.“ Als  
 jedoch der Sommer kam und die Arbeiter in Urlaub gehen wollten,  
 erklärten sie bei ihren vorgesetzten Dienststellen auf Schwierigkeiten,  
 da sie die 6 Tage mehr Urlaub beanspruchten, die ihnen für dienst-  
 planmäßige Sommerarbeit laut Tarifvertrag zustand. Durch  
 Magistratsbescheid war allen städtischen Angestellten besannungs-  
 gegeben, daß nur derjenige Anspruch auf die 6 Urlaubstage habe,  
 der im Jahre regelmäßig an 26 Sonntagen arbeitet. Mit dieser ein-  
 seitigen Auslegung des § 11, der den Urlaub regelt, war die Krisen-  
 kommission und die gesamte städtische Arbeiterchaft nicht einver-  
 standen. Es wurde daher bei dem Magistrat um Verhandlungen  
 nachgesucht. Diese zogen sich lange hinaus und führten trotz alle-  
 dem zu keinem befriedigenden Ergebnis. Magistrat und Arbeiter-  
 schaft verarbeiteten auf ihrem Standpunkt und schließlich einigten  
 sich die Parteien sich darin, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Der  
 Schlichtungsausschuß faßte in der Sitzung am 6. Oktober 1919 nach  
 heftigen Schiedsprüch:

Der Begriff regelmäßig des § 11 des Tarifvertrages ist in  
 dem Sinne von dienstplanmäßig aufzufassen, jedoch mit der Ein-  
 schränkung, daß zur Erlangung des Mehrurlaubs von 6 Tagen an  
 mindestens 6 Sonntagen dienstplanmäßiger Sonntagsdienst ge-  
 leistet worden sein muß. — Der Schlichtungsausschuß ist der Auf-  
 fassung, daß der Begriff regelmäßig des § 11 des Tarifs in dem  
 vorstehenden Sinne auszulegen ist, daß der Sonntagsdienst die  
 Regel und freie Sonntage Ausnahmen bilden, vielmehr der Wille  
 der Vertragsparteien der gewesen ist, daß den Arbeitern, bei  
 denen der Sonntagsdienst durch eine gewisse Regel (Dienstplan)  
 bestimmt ist, den Mehrurlaub von 6 Tagen erhalten sollen. Es  
 glaubt jedoch, daß die Einschränkung hierbei zu machen ist, daß  
 zur Erlangung des Mehrurlaubs von 6 Tagen an mindestens  
 6 Sonntagen dienstplanmäßig gearbeitet worden ist.

Durch den Spruch des Schlichtungsausschusses haben alle die-  
 jenigen, die mehr als sechs Sonntage im Jahre nach dem Dienstplan  
 arbeiten müssen, Anspruch auf die sechs Mehrurlaubstage. Wer  
 seinen Erholungsurlaub bereits hinter sich hat, erhält nachträglich  
 noch die sechs Tage. Sind aber die sechs Mehrurlaubstage mit dem  
 allgemeinen Erholungsurlaub genommen worden und ist für den  
 Mehrurlaub keine Vergütung empfangen, so ist die Vergütung des  
 Mehrurlaubs von sechs Tagen bei der vorgesetzten Dienststelle zu  
 verlangen. Da ein großer Teil der städtischen Arbeiterinnen und  
 Arbeiter Anspruch auf Sonntagsdienst zu leisten hat, so dürfte es sich  
 empfehlen, diese Nummer der „Gewerkschaft“ aufzubewahren.

**Wieslar.** Am 19. Oktober fand eine Versammlung der städti-  
 schen Arbeiter statt. Berichtet wurde über den Erfolg unserer letz-  
 ten Lohnbewegung. Es sind als einmalige Teuerungszulage ein  
 Monatslohn und als laufende Teuerungszulage 20 Proz. des  
 tarifmäßigen Lohnes bewilligt worden. Auch hier ist es ohne Weiteres  
 der Straßen Organisations zu verdanken, daß der Erfolg in  
 dieser Weise ausfiel. Den in unserer Komitee organisierten Post-  
 anscheinern ist durch Zahlung einer Teuerungszulage für Ledige im  
 Jahre bis zu 21 Jahren 100 Mk. über 21 Jahre 200 Mk. den Ver-  
 heirateten oder ihnen gleich zu achtenden Lebenspartnerinnen 300 Mk.  
 außerdem für jedes zu berücksichtigende Kind 100 Mk. gewährt.  
 Die gleiche Summe soll in der ersten Hälfte des Monats Dezember  
 noch einmal gezahlt werden. Am Anbruch hieran referierte Kollege  
 Vollm über Pflichten und Rechte der Arbeiterauschüsse.

**Wiesla.** Die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen befanden  
 sich seit 1. September 1919 in einer Lohnbewegung. Eine Ver-  
 handlung, die am 18. September mit dem Stadtrat stattfand, endigte  
 damit, daß eine Lohnbewegung für vier Wochen abgelehnt wurde. Am  
 10. Oktober wurde in einer Versammlung dazu Stellung genom-  
 men und in einem Schreiben verlangt, daß bis zum 14. Oktober  
 dem Arbeiterauschuß ein eingehender Bescheid gegeben werde, ob  
 der Stadtrat auf seinem Standpunkt beharrt. Ein Schreiben  
 des Stadtrats lag unter anderem: „So ein Lohnbewegung er-  
 gründen wird, sehr hat der Stadtrat beantragt, zum Winter eine  
 Anzahl Arbeiter zu entlassen.“ Das wurde als eine Herausforderung  
 angesehen und der Streit beschlossen. Beide Parteien riefen  
 den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung an. Die Entscheidung

ist gefällt und besagt: Daß der Stadtrat innerhalb drei Tagen  
 den städtischen Arbeitern eine Lohnbewegung gewähren soll. Einen  
 Tag früher ist es dann zu einer Einigung gekommen, und zwar  
 sind die Stundenlöhne wesentlich erhöht worden, so daß der Auf-  
 schlag 30 und 40 Pf. pro Stunde beträgt. Würde es denn erst zum  
 Streit kommen, oder glaubt der Stadtrat durch solche Maßnahmen  
 Herr im Hause zu bleiben?

**Kalle a. S.** In der Versammlung am 15. Oktober gab Kollege  
 Kahlert Bericht vom 8. Verbandstag. Darauf gab Kollege  
 Müller die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme der  
 Zeitschrift betrug 86.100 Mk., die Ausgaben betragen 306.11 Mk.  
 Nicht einschließlich des Heberjahres vom Sommer in Höhe  
 von 241.15 Mk. ein Restbestand von 5068.49 Mk. Für die Haupt-  
 stadt wurden vereinnahmt 8104.87 Mk. Im Auftrage des Haupt-  
 komitees ausgegeben 586.76 Mk., in bar abgehandelt 7918.12 Mk.  
 Die Gelder welche vom Demonstrationstage übrig blieben, sind  
 in der Abrechnung nicht aufgeführt, weil sie auf Beschluß der  
 Kollegen vom Gaswerk nicht dem Verband, sondern der U. S. P.  
 zugewiesen werden sollen. Kollege Schmidt stellte den Antrag,  
 dem 1. Vorsitzenden für seine schwere Arbeit im 3. Quartal 180 Mk.  
 zu bewilligen. Die Versammlung stimmte zu. Bestanden von  
 Stadtratsrat und der Arbeiterkräfte wegen Entlassung der dort be-  
 schäftigten Frauen wurden der Ortsverwaltung zur Entscheidung  
 überwiesen. Beschlossen wurde, die streikenden Metallarbeiter von  
 Berlin zu unterstützen, desgleichen ein Stützungsamt abzuschließen.

**Mannheim.** Am 13. September reichten die Kollegen folgende  
 Forderung ein: Der verehrliche Stadtrat wolle beschließen, daß den  
 städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen eine einmalige Ver-  
 schärfungsbefehle zu gewähren ist. Die Höhe der Befehle soll be-  
 tragen für Ledige 600 Mk., für Verheiratete 700 Mk. und für jedes  
 Kind 100 Mk. Neben der Begründung der Forderung hielten wir  
 noch hinzu: Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und  
 Sicherheit in den Betrieben erlauben wir uns vorzuschlagen, daß  
 der verehrliche Stadtrat baldmöglichst eine Kommission ernannt,  
 die mit der Verbandsleitung und dem Arbeiterauschuß die Ver-  
 handlungen über den gestellten Antrag aufnimmt. Wir bitten  
 einen verehrlichen Stadtrat, die Angelegenheit als dringend be-  
 handelt zu wollen und jeden einen geeigneten Antwort entgegen.  
 Darauf ging bei uns am 25. September folgendes Schreiben ein:  
 „Dem Staat sind seitens der Eisenbahnen neue Forderungen zuge-  
 gangen, worüber zurzeit verhandelt wird. Um, wie dies zuletzt ge-  
 schehen, eine Ausgleichung vornehmen zu können, müssen wir das  
 Ergebnis der Verhandlungen abwarten und werden dann nach dem  
 Abschluß die in der Eingabe nachgesuchten Verhandlungen auf-  
 nehmen.“ Eine Vertrauensmännerversammlung beschloß darauf,  
 zu verlangen, daß bis 15. Oktober die Bewegung abgeschlossen sei,  
 Am 15. Oktober fand nun auf dem Rathaus die erste Sitzung statt,  
 in welcher die Vertreter der Arbeiter der Stadtverwaltung die  
 Stimmung und Haltung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen  
 schilderten. Stadtrat Strobel hat in dieser Sitzung den Antrag  
 der Arbeiter stellen in der Sitzung den Antrag, daß den Arbeitern  
 und Arbeiterinnen ein Vorstoß in Höhe von 500 Mk. gewährt  
 werden soll, bis die inhaltliche Regelung erledigt ist. Am 16. Ok-  
 tober nahmen die Vertrauensleute erneut Stellung zu der For-  
 derung und teilweise unterstützte man schon den Antrag, der die  
 sofortige Arbeitsniederlegung vorschlag. Am Laufe der Diskussion  
 lief dann vom Stadtrat folgende Antwort ein:

„Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen,  
 daß über die eingereichte Forderung der einmaligen Verschärfungs-  
 befehle unverzüglich in Verhandlungen einzutreten wird, sobald  
 der Sachverständigenrat des Landtags darüber entschieden hat,  
 was der Staat bewilligt. Erst in diesem Zeitpunkt ist eine Klar-  
 stellung möglich, in welchem Verhältnis die städtischen Arbeiter  
 gegenüber den Staatlichen im Nachteil sind. Eine Verärgerung  
 mit den Vertretern der Arbeiterchaft und des Verbandes wird  
 deshalb auf Montag, den 20. Oktober, in Aussicht genommen.“

Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Versammlung, als  
 in dem Schreiben auch kein Wort stand, daß ein Vorstoß bewilligt  
 ist. Nur mit Mühe gelang es der Verbandsleitung, einen Antrag  
 zur Annahme zu bringen, der besagt, daß die am Montag statt-  
 findenden Verhandlungen abgemartet werden sollen, um dann die  
 Entscheidung zu fällen. In den am 17. Oktober stattgefundenen  
 Vertrauensmännerversammlungen kam einmütig der Wille zum Ausdruck,  
 daß man sich unter keinen Umständen länger als bis zum Montag  
 verhalten lassen will. Die Löhne reichen nicht aus, um alle  
 notwendigen Lebensmittel kaufen zu können, geschweige, daß eine  
 Rede sein könnte von Anschaffung von Kleidung, Weib, Schuhen  
 usw. Wir müssen leberd anerkennen, daß zu Anfang dieses Jahres  
 die Löhne ganz bedeutend erhöht worden sind. Diese Lohnbewegung  
 wurde aber durch die einsetzende geradezu katastrophale Preis-  
 steigerung aller Lebensmittel und Lebensnotwendigkeiten unmöglich gemacht.  
 Der Stadtrat wird deshalb in den lauren Apfel denken müssen,  
 wenn nicht das Wohl der Allgemeinheit durch einen Streit ge-  
 fährdet werden soll.

Letz. In der am 9. Oktober abgehaltenen außerordentlichen Mit-  
 gliederversammlung referierte Kollege Kahlert über den Verlauf der  
 den Abschluß eines Tarifvertrages. Von den gewählten Re-







### Rundschau

Das beste Programm. Deutschland soll nicht zur Ruhe kommen. Was nur unsere Feinde aus dem Weltkrieg haben daran ihr besondres Interesse, sondern bestimmte Richtungen im eigenen Volk haben in glühender Achtung. Wer heute die Presse, die sich "deutsch" nennt, zur Hand nimmt, mag sich fragen: Wohin soll die Reise gehen? Die "Antijuden" von früher, die jetzt offiziell nicht mehr dazwischen, dafür aber bei den Rechtsparieren Unterjochung gesucht und gefunden haben, sind seit Monaten bestrebt, Anfänger für ihr altes Spiel, das Predigen des Massenhaßes, zu werben. Die Juden sind Schuld an allem Elend, das wir Deutsche zu tragen haben; so kann man es Tag für Tag schon seit Monaten in den Zeitungen der Rechtsparieren lesen, und in den Flugschriften nicht nur lesen, sondern auch in Bildern dargestellt sehen. Essen fordern diese "rein" deutschen Volksgenossen zum Kampf (soll heißen zu Pogromen nach russischen und polnischen Vorbild) auf. Da sich diese Pogrompropaganda auch an die Arbeiter herannahen, verdient diese Angelegenheit durchaus unsere Beachtung. Wir Arbeiter kennen zwei Sorten Juden: "schwarze" und "weiße", jüdische und christliche, und beide Sorten heißen im Arbeiterjargon: "Kapitalisten". Als solche unterscheiden sie sich nicht voneinander. Und als solchen mit den jüdischen und christlichen "Juden" unser Kampf, wobei wir uns niemals dazu verleiten lassen, zum Wohlfallen des christlichen "Juden" den jüdischen im Pogrome zu schlagen. Es ist wahr, daß der echte Jude in Deutschland selten "körperlich arbeitet". Er treibt vorwiegend Handel, oft mit allen möglichen und unmöglichen Gegenständen. Der Jude ist aber auch auf allen Gebieten der Wissenschaft zu finden und die Menschheit hat manchmal dem Juden als Wissenschaftler viel zu danken. Weißt du denn, man den Juden als Wissenschaftler in freier Betätigung, selten als Staatsbeamten oder Beamten. Von diesen Posten hielt man ihn eben fern, ganz wie von höheren militärischen Posten. Er war also, wie die Masse der Arbeiter, zu freier Betätigung gezwungen. Soweit er dazu zur Industrie und zum Handel überging -- worin unerscheidbar sich da der Jude vom kapitalistischen Christen? Beide können den Arbeiter und die Volksgemeinschaft aus. Die Wurzel der Ausbeutung aber ist nicht in der Abhängigkeit, sondern im Kapitalistischen System zu finden. Die Möglichkeiten der Ausbeutung, über die der Kapitalist -- ob "schwarz" oder "weiß" -- verfügt, gründet sich auf seine größere wirtschaftliche Macht und seine bessere Schulbildung. Nach innen muß der Arbeiter streben durch gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Organisation. Den Schwere nach Pogromen kommt es niemals darauf an, durch ihre Dece den Arbeitern zu irgendwelchen Vorteilen zu verhelfen. Das beweisen die Demonstrationen und die deutschen Volksparteiler bei jeder Gelegenheit in den Parlamenten, wenn es sich um Arbeiterrechte und Arbeiterinteressen handelt. Nein! Sie wollen die Ausbeutung der Arbeiter durch den christlichen "Juden" allein reservieren. Und zu dieser Behauptung und weiteren Ausbeutung ohne Mäßigung sollen ihnen die Arbeiter verbieten. Die Arbeiterkraft hat Aufzucht zu tun, als Pogrome anzustellen. Wir werden beide Sorten Juden, soweit sie glauben vom Marke des Volkes leben zu dürfen, den Weg zur Arbeit der Gesamtheit zu weisen haben. Dies ist unser Streben für zwei Generationen, und wir sind jetzt auf gutem Wege, dieses Ziel zu erreichen. Sollte die Arbeiterkraft in ihrer Gesamtheit, oder wenigstens in ihrer Mehrzahl, die Lehren befolgt, die ihnen sozialistische Führer seit Jahrzehnten gegeben haben, so bedürfte es keines Mordverbrechens mehr; Wie machen wir uns von Ausbeutung und Ausbeutung durch "schwarze" und "weiße" Juden frei? Das beste Programm, das die Arbeiter veranlassen können und das unbedingt tödlich -- für schwarze und weiße Juden -- wirkt, ist: ein einheitliche sozialdemokratische Partei, gewerkschaftliche Gewerkschaften, Ausbau der Genossenschaft. Sie sind die Voraussetzungen zur Sozialisierung, also zur Abschaffung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, mögen sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse richten.

Der Gewerkschaftskampf als Kulturfaktor. Das Leben ist ein großes Auseinandergehen von Mann und Weibchen, ein kämpfen um die niedrigeren Ziele wie um die höchsten Ideale. Und wie die Ziele verschieden sind in ihrer Höhe und Weite, so sind auch die Kämpfe die die Kämpfe, die zu diesen Zielen führen. Es kann kalter, harter Egoismus sein und Wärme, blühende Vegetation. Innerhalb dieser Grenzen nun bewegt sich das Leben; in diesen Grenzen liegt auch das proletarische Los. Natürlich ist nach Streberer Ansicht das Ziel proletarisches Streben zu niedrig, ebenso niedrig wie die Ziele, der auf das Ziel gerichtet ist. So urteilen diese Streberer, und wenn die höchste Geschicklichkeit über sie geschickelt wurde, weil sie Vater es sich leisten konnte, können sie auch anders werden. Das Weibchen der Ikonventionen Augen und das bündelnde Phantasie. Diese Menschen der Gegenwart und der Zukunft? Wenn sie werden über eine ihrem Wesen so ganz fremde Welt, die Welt der Solidität und Ehrlichkeit, die Welt des ewigen Werdens und Wachsens, die Welt des Sehens und Arbeitens und Verantwortens? Ebenso wie der Kapitalist, aus

rein materiell Massen kauf über den Menschen, ebenso schaut er auch Massen in der Welt des Fühlens und Denkens und Sehens. Naturnotwendig sind diese Anschauungswelten verschieden und naturnotwendig liegt die Wahrheit, Reinheit, Natürlichkeit, Sittlichkeit dort geborgen, wo das Leben am tiefsten gesenkt und gebildet hat. Es war ein natürlicher Instinkt bei allen großen Geistesverkörpern, daß sie sich vor allem, wie auch Jesus, an das Volk wandten, an die Menschen des Lebens ohne künstliche Beeinflussung. Da, wo das Herz des sehenden Volkes ist, da ruht der Kern sittlichen Weltwachens. Auch im proletarischen Volk gibt es natürlich jene Menschen des Augenblicks und der Zufriedenheit. Wenn sie ihr eigenes Ich über einfügen in eine Idee, wenn sie ihr Glück ersehen als ein Stück eines Gemeinheitsglücks, dann sind sie Keime des Wachens der sittlichen Weltdece, die Träger einer sittlichen Weltentwicklung. Und so ist der gewerkschaftliche Kampf im tiefsten Grunde nicht ein rein materielles Streben, wie der Streber es sich denkt; er bedeutet das Wachen einer neuen sittlichen Kraft, die Wehen zur Geburt von: Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Einheit. Nur von unten auf wachsen Seele Geist, Glück.

Deutsches Getreide nach Holland -- deutsche Aktien nach Amerika! Die Chemiker "Volkstimme" schreibt: "Es ist geradezu ein zum Himmel stinkendes Verbrechen, was wir jetzt erleben. Es ist so gut wie sicher, daß ein schlimmer Wucher mit Brotgetreide und Kartoffeln betrieben wird. Das Schicksal verläuft große Mengen Getreide weit über den Höchstpreis nach Holland, während wir in Deutschland vor der Gefahr stehen, die Brotversorgung zusammenbrechen zu sehen. Es ist weiter beobachtet worden, daß ein erheblicher Teil dieses nach dem Ausland geschafften Getreides, nachdem es in Holland die Mühlen passiert hatte, als Auslandsmehl wieder nach Deutschland zurückkehrt und zu Phantasiepreisen verkauft wird. Mit den Kartoffeln wird das gleiche Manöver getrieben. Findet sich ein Wort in der deutschen Sprache, das stark genug wäre, derartige Schicksale zu kennzeichnen? Warum wird darauf nicht Zuchtthaus und Beschlagnahme des ganzen Vermögens gesetzt? Warum kein lumpige Geldstrafen, die eher eine Lösung sind? Während das deutsche Wehl ins Ausland verdundert wird, laufen amerikanische und englische Geidleute die deutschen Industrie, papiere auf. Dadurch wird nach der anderen Seite ein Ring um uns gelegt. In der Zeit, in der wir uns in Deutschland um die Sozialisierung streiten, flieht nach und nach alles in Hände, die still lächelnd hinter unseren Rücken stehen, die bereits die Werte umwerfen, mit der wir in allernächster Zeit geächtet werden. Vaterlandsliebe und Gemeininn sind bei einem großen Teil der Bürgerkraft zu den Hurden gelassen. Gemeininn? Nein, gemeininn Saun. Statt Vaterlandsliebe bekommt das Vaterland Liebe, an Stelle der Moral tritt der Stachel. Das Schicksal ist wie aus allen Jügen. Es lebt und tollt wie zur Faustnacht, nur bestrebt, den Egoismus zu beirridigen. Was mit dem Wehl nach Holland im großen geschicht, sieht man im Kleinen an allen Ecken und Enden. "Verdamm dich!" Klingt aus allen Gassen. Die Schamröte muß jedem, der noch einen Funken von Ehrgefühl im Leibe hat, ins Gesicht steigen, weil wir bei klarem Bewußtsein verrotten und verkauft werden. Mit jedem Schicksalschicksal, mit jeder Geldschreibung sinken wir tiefer ins Elend. Was dieser Winter unter solchen Umständen noch bringen wird, das wissen die Götter. Wo ist die Stelle, die diesen Mißständen abzuwehren vermag? Wo ist ein Reich, der stark genug wäre, diesem Tanz im Tumpel, bei dem der Schwann schon bis an den Hals reicht, Einhalt zu gebieten? Es ist überall -- nichts ist zu sehen. Weder durch schöne Reden noch durch glänzende Leitartikel wird hier Besserung erzielt. Es gibt nur eins: Radt doch seit mit Robert Schmidt, werde hart! Mit Moral ist nichts zu machen: Zuschuß und Beschlagnahme; damit die Menschen sehen, es ist Ernst! -- Wir geben dem nichts hinzuzufügen.

Der Ruf der Gewerkschaften auf Land und die ländliche Wohlfahrt. Bekanntlich gehört jetzt für uns in Deutschland die Aufgabe, die Gewerkschaften aus der Stadt und Industrie nach ländlichen dem Lande und der Landwirtschaft zuzuführen, zu dem wichtigsten, was wir überhaupt zu tun haben. Einen interessanten und lehrreichen Beitrag zu dieser Frage bietet nun Friedrich Weitz in einem in der "Sozialistischen Gemeindegemeinschaft" erscheinenden Aufsatz "Die Vermittlung von Arbeitsträften in die ländliche Landwirtschaft". Zunächst ist es von großem Interesse zu hören, daß bis 1. August aus dem früheren Reichsarchiv Sachse n durch die öffentlichen Arbeitnachweise insgesamt über 20.000 Arbeitsträfte in landwirtschaftliche Arbeitstellen außerhalb Sachsens vermittelt worden sind, während der Heberaum in die eigene Landwirtschaft Sachsens nur gering war. Was minder interessant ist, daß die Anzahl der Fälle, die zu solchen Anschlägen unter dieser großen Zahl von Vermittlungen doch nicht sehr erheblich gewesen ist. Auf der anderen Seite managen aber gerade die Reichsämter unter 200 Vermittlungen besonders viel von sich reden und erregte in hohem Grade die öffentliche Aufmerksamkeit, so daß ihren Bescheid schon aus diesem Grunde auch besonders nachsorgender werden muß. Unter diesen Befehlen die nach F. Weitz das Verrotten und Einleben der auf das Land vermittelten industriellen E. ver-

